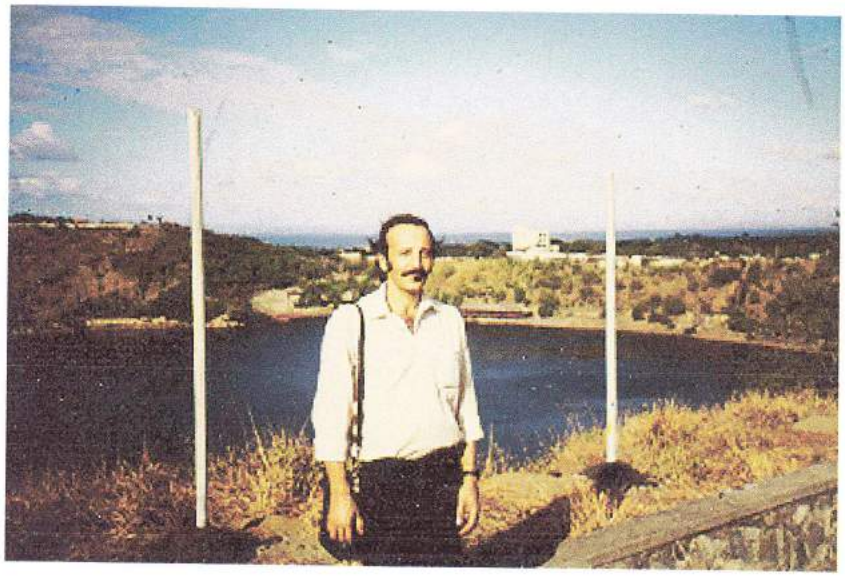
Notizen nach einem Besuch in Nicaragua 1984

Heinz F. Dressel



William Abdo, ein als „Quotenflüchtling" in die Bundesrepublik aufgenommener exilierter Argentinier - von Haus aus *studiosus* der katholischen Theologie - den ich zusammen mit einigen anderen aus dieser Gruppe zum Sprachkurs auf den Bochumer Campus geholt hatte und der später als *fraternal worker* in einer Autowerkstatt von Nicaragua eine vorläufige Bleibe gefunden hatte, holte mich voller Freude auf das Wiedersehen mit einem „alten amigo" am Flugplatz ab. Auf der Fahrt zum Hotel Inter-Continental Managua kam ich mir in dem winzigen Auto, das William „organisiert" hatte, wie in einer Sardinenbüchse vor.

(17.1.84) Heute früh brachte ich es fertig, heißes Duschwasser zu bekommen, was gestern mangels Vertrautheit mit den örtlichen Gegebenheiten misslungen war. Ich wohne im siebten Stock, ziemlich an der Spitze der Pyramide. Wenn ich aus dem Fenster sehe, blicke ich auf einen militärischen Wachposten. Es ist sehr militarisiert hier. *De facto* herrscht Krieg. Schon auf dem Flugfeld fielen einem zuallererst die dort aufgebauten Flugabwehrkanonen (aus dem 2. Weltkrieg) auf. Vielleicht hat man sie hierher verkauft, weil damit doch kein großer Schaden anzurichten ist ...

Hier muß man von Tag zu Tag planen und Gelegenheiten wahrnehmen, wie ein Journalist. Besucht man offizielle Stellen, muß man die Camera abgeben. Beim „Sekretär für Kirchenfragen", *Comandante* Nuñes, gab es, wie auf den Flugplätzen, sogar elektronische Kontrolleinrichtungen und „magische Augen".

Gestern lernte ich die Managerin der Internationalen Pressestelle - Myrna - kennen, zu der ich gute Beziehungen unterhalte. Sie besorgt mir die von mir gewünschten Termine und erlaubte mir überdies, auch ohne

Journalistenausweis, an einer Pressekonferenz des Erziehungsministers im Ministerium teilzunehmen und managte eine "Privataudienz" beim Postminister Enrique Schmidt, der in Deutschland studiert hatte. Sie vermittelte mir auch die Chance, an der „Vorführung" von 1983 „entführten" Misquitoindianern etc. im Justizministerium teilzunehmen. Ich bin immer wieder selbst ganz erstaunt, wie sicher ich mich sprachlich in diesem zentralamerikanischen *ambiente* bewege. Heute soll der vor kurzem in das benachbarte Honduras „entführte" amerikanische (methodistische) Bischof aus den USA eintreffen; jedoch wird er nicht sogleich der Presse gegenüber gestellt, sondern erst von der Junta ausgefragt.

Was man an Lesestoff hierzulande findet, ist nur Verzerrtes, Einseitiges, Selektives, da muß man sich schon anderswo orientieren, um ein einigermaßen zutreffendes Bild zu bekommen.

Im Hotelrestaurant rangiert der *plato típico* an erster Stelle: Beef, Reis und Bohnen gemischt, Käse, gebratene Banane, mit zwei Scheiben Tomaten garniert. In dieser Pyramide merkt man vom Kriegszustand nur durch die Emsigkeit der Journalisten etwas, draußen dagegen ist das Militär fast überrepräsentiert. Heute ist eine Parlamentariergruppe aus lateinamerikanischen Ländern hier zu Besuch. Man hat sie *en la zona de combate*, ins Grenzgebiet, gefahren. Gestern traf Coretta King, die Witwe von Martin Luther King, zur Teilnahme an einer Solidaritätsveranstaltung hier ein. Sie logiert auch in diesem Hotel (wo sonst in dieser Stadt eigentlich?)

Hier sind die Politiker jetzt vor allem mit dem Krieg beschäftigt. Heute wurde von der lokalen Presse mit großem Getöse der amerikanisch-honduranische Angriffsplan - *Plan Sierra* - bekanntgegeben. Vielleicht hängt damit die Absage der Verabschiedung des amerikanischen Botschafters zusammen, zu welchem *event* ich durch meine „amiga Pressechefin" eine Einladung erhalten hatte. Man schien den Mann hier geschätzt zu haben, denn es hieß bedauernd: „Immer, wenn einer die Probleme erkennt, wird er abberufen!" Jedenfalls wurde die *charla con el Enbajador de U.S.A.* suspendiert.

Während des Nachmittags besuchte ich den DED, dessen Beauftragter, Herr Eich - seines Zeichens Ingenieur und Soziologe - aus Köln stammt. Wir hatten ein gutes Gespräch. Die Beurteilung der Lage ist objektiv und zugunsten der Hilfe für Nikaragua. Dies sei auch die Haltung der Botschaft und des Außenministeriums bzw. Genschers, wurde mir berichtet.

Ich speiste zusammen mit dem Präsidenten der kirchlichen

Partnerorganisation CEPAD, Dr. Parajon, einem Arzt. Am 20.1.84 hatte ich eine entrevista mit einer Soziologin ... Für mich hat das Interview „Filter"-Bedeutung, d. h., ich habe die Gelegenheit, meine Auffassung noch einmal zu überprüfen und vielleicht zu korrigieren. Abends steht immer der argentinische Exilierte William vor der Tür. Da ich nicht unhöflich sein möchte, muß ich ihn einfach immer in andere Dinge mit einbeziehen. Er hat mir ja auch ungeheuer viel geholfen; das ist schon ein tägliches gemeinsames Abendessen (oder einen abendlichen Trunk zusammen) wert!

Ich sprach auch mit Katia Bogado-Tatters Schwester, einer Ärztin, die mich mit ihrem Sohn im Hotel besuchte. Die Schwester sieht auf den ersten Blick Katia nicht ähnlich. Katia ist die Jüngere. Aber nach einiger Zeit kommen dann doch die „Tatter"-Züge und Eigenschaften zum Vorschein, auch in der Gestik, beim Sprechen, beim Lachen und beim ganzen Tonfall. Die Sehnsucht nach Paraguay ist auch groß, doch im Moment ist eine Rückkehr nicht möglich. (21.1.84) Vormittags besuchte ich die „Brüdergemeine", wo seit ca. zwei Jahren Mesquitoindianer (Flüchtlinge) untergebracht sind. Viele von ihnen schlafen in der Kirche. Da ist wirklich „die Kirche ihr Haus". Es sind sehr liebe Leute, die kaum Spanisch sprechen. Ich habe drei Interviews aufgenommen, eines davon mit dem Pfarrer der Mesquito-Gemeinde von Managua.

Um 13.00 Termin beim „Sekretär für Kirchenfragen", *Comandante* Nuñes. Es gibt darüber nicht viel zu berichten. Der Mann ist für seinen Posten mindestens eine Nummer zu klein. Akustisch ist er, und schon gar, wenn die Klimaanlage wie eine Dieselmaschine rattert, sehr schlecht zu verstehen. Er hat sicher auch nie öffentlich Reden halten müssen. Seine Sprachtechnik ist *mala*. Neben ihm waren auch noch seine Privatsekretärin und jemand vom *Departamento de Relaciones Internacionales* anwesend, die beide, wie ich dies auch in Luanda und Hanoi beobachtet habe, sehr eifrig mitgeschrieben haben. Wir tagten in einem früheren Esszimmer einer enteigneten großbürgelichen Familie.

Zweck meiner Reise nach Nikaragua war, erstens, dort das Stipendienprogramm des Ökumenischen Studienwerks vorzustellen, wobei

die Ansprechpartner nicht staatliche, sondern kirchliche Stellen waren, nämlich das *Centro Ecumenico Antonio Valdivieso* und das *Comité Evangélico Pro Ayuda Al Desarrollo* (CEPAD); sodann ging es mir darum, Nikaragua mit eigenen Augen zu sehen, um eine möglichst objektive Meinungsbildung zu ermöglichen und die vor Ort gewonnene Meinung dann zuhause auch entsprechend zu vertreten. Es erscheint unmöglich, dieses Land aufgrund von Berichten und Kommentaren aus der internationalen Presse zu analysieren und objektiv zu beurteilen. Dabei hatte ich beim Antritt der Reise am 15. 1. 1984 allerlei positive und negative Vorurteile im Gepäck: die der linken Bewunderer, für die von vornherein alles, was in Nikaragua geschieht, gut ist; die der enttäuschten „Ultras", für die das Unternehmen Nikaragua längst als versandet und verspielt gilt; die der bürgerlichen Opposition des Landes, für die sich in Managua ein Marxistisch-leninistisches System mit totalitärem Anspruch installiert hat; auch die massiven Vorurteile der Bundesregierung, die der sandinistischen Junta bewußten „Revolutionsexport" vorwirft.

Seitens der Kirche waren meine Informationsquellen vor Ort das *Centro Ecumenico Antonio Valdivieso*; das Ökumenisches Zentrum für Entwicklungshilfe (CEPAD); die *Iglesia Morava* (Brüdergemeine) sowie einzelne Theologen, Priester und Pastoren. Bezeichnend für unser Verhältnis zu den dortigen Kirchen scheint mir folgende Episode zu sein: Bei CEPAD (Dr. Parajon) fragte ich, ob sich nach den Besuchen aus der EKD bzw. der Ökumene die Hilfe intensiviert habe. Die Antwort überraschte mich: „Die Hilfe ist nicht größer geworden, doch das Klima hat sich verbessert."

Zu meinen Informationsquellen zählten auch die beiden renommierten akademische Institutionen INIES (Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung) und das Zentralamerikanisches Institut für Geschichte (IHC). Den Mangel an konkreter Hilfe, den der sensible Theologe mit dem freundlich anmutenden Begriff der „Klimaverbesserung" umschreibt, spricht der "Genosse" aus dem Bereich der Sozialwissenschaft ungeschminkt so aus: „Ihr kommt alle und wollt Informationen, aber wenn es ans Helfen geht, dann ist Funkstille."

Von großem Nutzen waren Informationen, die ich von seiten der Regierung, der Partei und der Verwaltung erhielt. Meine direkten Gesprächspartner waren der Erziehungsminister, Dr. Carlos Tünnermann Bernheim; der Postminister, *Comandante* Enrique Schmidt; der Staatssekretär für Kirchenfragen, *Comandante* René Nunez; George Granera, Abteilung für Internationale Beziehungen der FSLN und Yussra Abdalla, Nationaler Rat für Hochschulbildung (CNES).

Auch dazu - zur besseren Einschätzung - eine kurze Bemerkung: In Managua wimmelt es nur so vor Journalisten, die sich alle nach sensationellen Meldungen und Interviews drängen. Es gibt in Nikaragua einen unglaublichen Polittourismus. Man kann nur darüber staunen, mit welcher Geduld die Partei- und Regierungsleute sich den stereotypen Fragen der Besucher stellen, die alle etwas über den politischen Pluralismus, die *Contras* und die Miskitos hören wollen! Die Junta bringt so viel Geduld allerdings nicht nur aus lauter Menschenfreundlichkeit auf, sondern zweifellos, weil sie sich tatsächlich auf unser Wohlwollen angewiesen fühlt, auf die Solidarität derer, die fragend ins Land kommen.

Sehr hilfreich war mein kurzer Draht zur Direktorin des *Centro Nacional de Prensa Internacional*, Myrna Torres Rives, deren Büro sich in dem Hotel befand, in dem ich gebucht hatte. Zu meinen Informationsquellen zählten auch politische Stiftungen (Friedrich Ebert Stiftung, Friedrich Naumann Stiftung und der Deutsche Entwicklungsdienst); Auslandsvertretungen (Brasilianische Botschaft); Hochqualifizierte Fachkräfte aus lateinamerikanischen Ländern, wie sie seinerzeit in großer Zahl im Lande anzutreffen waren, und, wie stets, die von mir hochgeschätzte *vox populi*. In diesem Zusammenhang sei insbesondere ein Interview mit einem "amnestierten" Miskito erwähnt.

Was die Situation in Nikaragua betrifft, so ist man ständig einem Wechselbad von Information und Desinformation ausgesetzt, und es bedarf einiger internationaler und diplomatischer Erfahrung, jeweils das tatsächliche Bild der Dinge zu erfassen. Kommt man, die einschlägige Zeitungslektüre im Hinterkopf, ins Land, dann möchte man dort beispielsweise eine marxistische Junta, die das Land in eine kubanisch-sowjetische Militärbasis verwandelt, erwarten. Nach meiner Rückkehr lese ich in der Rede des Bundesministers Dr. Warnke vom 27. Januar 1984 vor dem Deutschen Bundestag: „Mit Hilfe von Kuba, Libyen und Ländern des Ostblocks hat Nikaragua eine Aufrüstung und Militarisierung durchgeführt, die ohne geschichtliches Vorbild ist." Tatsache ist, dass der Internationale Flughafen von Managua beidseitig längs der Start und Landepiste von Flakgeschützen aus den 30er Jahren - wie ich sie in meiner Kindheit bei der Deutschen Luftwaffe gesehen habe - gegen die Luftangriffe der *Contras* gesichert wird; dass es keine Abfangjäger und kein modernes Radar gibt, so dass kleine Sportflugzeuge aus dem Grenzgebiet von Honduras und Costa Rica ohne Schwierigkeiten Managua attackieren können! Ich frage mich, ob wohl so eine kubanisch-sowjetische Militärbasis aussieht! Ich verkenne und unterschlage nicht die Tatsache, dass im Straßenbild von Managua - durch gekennzeichnete militärische Sperrbezirke, Kasernen, Posten, Uniformierte, kreuzende Kraftfahrzeuge der

Armee usw. - das Militär und die Miliz überrepräsentiert sind. Die Erklärung liegt nahe: Das Land befindet sich in einem Krieg! Ich möchte die Vermutung äußern, zu der ich im Zusammenhang mit dem Komplex des Nikaragua von außen aufgezwungenen Krieges gelangte: ich möchte fast vermuten, dass die Sandinisten ohne ihre relative militärische Stärke wahrscheinlich längst militärisch besiegt worden wären! Wenn man den gesamten historischen, psychologischen und geopolitischen Kontext, in dem die Region Mittelamerika samt der Karibik steht, bedenkt, kann man nur sagen: Wie weise waren die sandinistischen Besieger Somozas, als sie nicht nur Fahnen, sondern auch Uniformen nähen ließen; dass sie das Rückgrat der Macht in einem Land wie Nikaragua - nämlich die Armee - nicht vernachlässigt haben!

Was mehr erwartet der gleichzeitig informierte und desinformierte Besucher in Nikaragua vorzufinden? Einen wilden Export der Revolution nach ganz Mittelamerika! Wiederum lese ich in der eben zitierten Rede des Bundesministers Dr. Warnke: „Auf dieser Grundlage einer Militarisierung im Inneren hat die Regierungspartei FSLN, die heute praktisch die Einheitspartei des Landes ist und die sich selbst als marxistisch-lenistisch bezeichnet, ihre Ideologie in Nachbarländer exportiert." Und auf die Große Anfrage der Abgeordneten Wischnewski, Herterich, Bindig, Dr. Holtz, Voigt (Frankfurt) und der Fraktion der SPD - Drucksache 10/279 - zur Lage in Mittelamerika antwortet die Bundesregierung mit Schreiben vom 25. Januar 1984 u.a. bezüglich Costa Rica, dem südlichen Nachbarland von Nikaragua: „Die politische Stabilität dieses Landes ist durch anhaltende Spannungen an der Grenze zu Nikaragua und durch wirtschaftliche Probleme gefährdet." Um gleich auf die erwähnten „Spannungen an der Grenze zu Nikaragua" einzugehen, kann ich nicht umhin, diese Aussage als eine zynische Umkehrung der Wirklichkeit zu bewerten: Nicht Nikaragua versucht etwas nach Costa Rica auszuführen sondern aus Costa Rica wird der Krieg nach Nikaragua exportiert! Das gefährdete innere Gleichgewicht Costa Ricas ließe sich durch ein einziges, deutliches Signal aus den Vereinigten Staaten sofort wieder ins Lot bringen:

Schluß mit der Unterstützung der antisandinistischen *Guerrilla*!

Wenn vom „Revolutionsexport" durch Nikaragua gesprochen wird, meint man in erster Linie El Salvador. Niemand wird annehmen, Nikaragua beteilige sich nicht an der Logistik der FRENTE FARABUNDO MARTI PARA LA LIBERACION NACIONAL. *Comandante* Borges hat in einem Interview die Lieferung von Waffen ganz selbstverständlich bestätigt. Es wird auch niemand daran zweifeln, dass die *Contras*, die von Costa Rica und von Honduras aus gegen die Sandinisten in Managua kämpfen, Waffenlieferungen aus Guatemala und Florida bekommen. Nur hat man sich hier angewöhnt, die Wahrheit zu dividieren: Die einen dürfen mit Waffen handeln, die anderen nicht; bei den einen ist der Waffenexport unmoralisch, bei den anderen nicht. Diese Schizophrenie des Denkens sollte nicht länger akzeptiert werden. Entscheidend scheinen ja gar nicht die Waffen zu sein, auch nicht, von wem sie an wen verkauft oder geliefert werden; entscheidend scheint zu sein, was mir *Comandante* Enrique Schmidt sagte: „Ob Waffen geliefert werden oder nicht, stört überhaupt niemand. Was stört, ist die Tatsache, dass es diese Waffen gibt und dass Zigtausend Menschen solche Waffen auch in die Hand nehmen, wie man dies in El Salvador beobachten kann."

Was schließlich den Export der Ideologie angeht, so haben mir meine Gesprächspartner immer wieder bestätigt: Wir brauchen die Revolution gar nicht zu exportieren. *„La revolución exportase a si mismo"* - die Revolution exportiert sich selbst. Die akademischen Gesprächspartner erklärten mir: „Der Export der Revolution erfolgt automatisch, wenn die Leute in Costa Rica oder El Salvador sehen, wie es der Bevölkerung von Nikaragua geht. Diese hat in den Jahren 1980/81 ein beachtliches Bruttosozialprodukt erarbeitet, wesentlich höher sogar als in vielen entwickelten Ländern. Mit 8.9% befand Nikaragua sich im Vergleich zu den Nachbarländern in einsamer Höhe! Die Junta braucht zum Export der Revolution, d. h. zum Export eines Modells, überhaupt nichts zu tun, weder in El Salvador noch in Costa Rica oder Honduras."

Auch eine dritte Erwartung, mit der man in Managua ankommt, erfüllt sich nicht: Die Erwartung, ein totalitäres System anzutreffen, in dem es keine demokratischen Ansätze mehr gibt und das man sogleich mit Kuba oder der Sowjetunion verwechseln könnte. Ich bin in gefährlichen Zeiten in Brasilien, Chile, Argentinien, Paraguay, Angola, Korea und Äthiopien gewesen und meine, in ausreichendem Maße Vergleichsmöglichkeiten zur Hand zu haben. Mir fiel in Managua sogleich auf, dass keiner hinter der vorgehaltenen Hand geredet hat! Die Debatte ist dort noch lange nicht abgeschlossen. Sogar innerhalb der *Junta* wird kontrovers diskutiert: Heute verkündet Borges die

Erarbeitung eines Wahlgesetzes, morgen erklärt er, die Wahlen seien wegen der auswärtigen Agression *sine dia* verschoben, übermorgen erklärt Ortega, die Wahlen würden zum vorgesehenen Zeitpunkt - nämlich 1985 - abgehalten, um dann bei einer Parteikundgebung überraschend zu verkünden, dass die Wahlen noch in diesem Jahr, und zwar zwei Tage vor der nordamerikanischen Wahl am 4. November 1984, stattfinden würden!

Wenn in Managua überhaupt etwas an den Ostblock erinnert, dann sind es die russischen und tschechischen Traktoren! Da die USA praktisch einen Lieferboykott beschlossen haben - die von Nikaragua gewünschten Ford-Traktoren dürfen nur gegen Vorkasse geliefert werden (eine Unmöglichkeit für das ausgeblutete Land!) - müssen technisch wenig ausgefeilte Traktoren aus Ostblockländern eingeführt werden, die nur allzu gern bereit sind, auf die Zahlung zu warten. Dies ist nicht das einzige mir bekanntgewordene Beispiel, das aufzeigt, wie der Boykott des Westens die Sandinisten dazu zwingt, in Ostblockländern einzukaufen. Dann wiederum heißt es anklagend, die *Junta* habe die Blockfreiheit aufgegeben.

Wer immer sich heute mit einem der Länder Zentralamerikas befaßt, wird um eine kurze Beschreibung der Situation in der Region Mittelamerika/Karibik nicht umhin können, und dies umso mehr, als auch der *Contadora*-Plan und der Kissinger-Plan sehr stark auf diesen Aspekt eingehen.

Die wichtigsten Stichworte zur Situation in der Region sind: extreme Konzentration des Besitzes (bzw. der Ressourcen) in den Händen weniger; Ausschluss und Marginalisierung der Massen; Beherrschung durch ausländisches Kapital; Diktaturen und Oligarchien; Wahlbetrug; Gewalt, einschließlich des systematisch ausgeübten Terrors, zu dem selbst der politische Mord als Mittel zum Zweck gehört; Unterdrückung von Organisationsversuchen des Volkes, z. B. auch der Bildung von Genossenschaften und Gewerkschaften; Militarisierung; mangelnde Arbeitsplätze; Arbeitslosigkeit; Unterbeschäftigung; mangelhafte Ernährung; prekäre Trinkwasserversorgung; hohe Kindersterblichkeit; geringe Lebenserwartung/mangelnde Gesundheitsfürsorge; Analphabetismus.

Ich nenne diese Stichpunkte zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage in ausdrücklich und unterstreiche, dass alle einschlägigen Pläne und Stellungnahmen (Kissinger/ *Contadora*) dieses Bild ohne Abstriche bejahen und in ihren Begründungen eigens anführen. Ähnlich tut dies die Bundesregierung in der bereits zitierten Antwort auf die Große Anfrage. Dort heißt es u. a.: „Die Völker der Region ringen um eine gerechte politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung, um demokratische Institutionen und

Unabhängigkeit. Die Ursache der gegenwärtigen Auseinandersetzungen liegen weithin in überkommenen, nicht mehr tragfähigen wirtschaftlichen und sozialen Strukturen." Umso wichtiger ist es. die Bemerkung zur Kausalität - was denn die Ursache der Auseinandersetzungen sei - nicht aus den Augen zu verlieren!

Zur Situationsbeschreibung gehört - als ein ganz wesentlicher Teil - auch ein Blick auf die GESCHICHTE ZENTRALAMERIKAS.

Es ist, um dies vorweg deutlich herauszustellen, eine Geschichte, die geprägt ist durch die Bemühungen Nordamerikas, die absolute Kontrolle über die Region zu erringen, so wie einst Spanien „Spanisch-Amerika" kontrollierte. Ohne zu übertreiben, kann (mit Boris Goldenberg) gesagt werden, dass die kleinen und schwachen Staaten des „Hinterhofs" der USA zu „Protektoraten" geworden sind, in denen die nord-amerikanischen Botschafter oft die Rolle von Prokonsuln spielten - oder, wie in Honduras, - John Negroponte, spielen. Details der nikaraguanischen Geschichte lesen sich wie eine Räuberpistole oder wie Karl May: 1855 wurde ein nordamerikanischer Abenteurer, William Walker, von den Liberalen Nikaraguas eingeladen, um ihnen im Bürgerkrieg gegen die Konservativen zu helfen. Als Walker angekommen war, erklärte er sich selbst zum Präsidenten. In unserem Jahrhundert haben die Nordamerikaner in Nikaragua dreimal mit „marines" interveniert: 1909, 1912 und 1926. Immer spielten bei den Interventionen vorgeschobene Gründe eine Rolle. Nie wurde der eigentliche Grund für die Unruhen in Mittelamerika genannt: das Ringen der unterdrückten Völker um eine gerechtere politische, ökonomische und soziale Ordnung.

Es gehört auch zur psychologischen Kriegführung der Administration Reagan in dem Aggressionskrieg, der Nikaragua aufgezwungen wird, dass die Grundforderung der Sandinisten nicht offengelegt werden darf, sondern dass Gründe vorgeschoben werden. Es müssen, und das macht die ganze

Einschätzung und das Verständnis der Vorgänge in Zentralamerika zunächst so verwirrend, Rechtfertigungen gefunden werden, die dem amerikanischen Bürger die Interventionspolitik seiner Regierung plausibel erscheinen lassen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn man in der Analyse überzeichnet und vereinfacht und, selbstredend, wenn man die Geschichte der Region geflissentlich übersieht.

Wenn man die internen Gründe der Krise in Mittelamerika, die selbst im Bericht der Kissinger-Kommission zu lesen sind, plötzlich hinter den Kulissen verschwinden läßt und dafür plötzlich den kommunistischen Bösewicht auf der Bühne auftreten läßt, dann hat man auf einmal die „Gefährdung von außen", dann hat man auf einmal ein böswillig von außen in die ansonsten ach! so friedliche Region hineingetragenes Problem. So wird dann der Fall Nikaragua in ein Kapitel des Ost-West- Konflikts umgeschrieben, obwohl man zunächst selber von internen Problemen der Region geredet hat.

Die Völker Mittelamerikas werden auf diese Weise zu bloßen Schachfiguren auf dem politischen Schachbrett der Großmächte degradiert. Aus Mittelamerika wird nunmehr "die 4. strategische Front der USA". Der „Hinterhof" gehört zum Besitz! Kommt es aber zu Unruhen, muß dafür gesorgt werden, dass das Patrimonium gesichert wird. Der Aufstand der „Bananenrepubliken" gegen die Beherrschung durch die USA muß mit allen Mitteln - und sei es mit Waffengewalt (so Kissinger) - verhindert werden. So wird Nikaragua das Recht, Nation zu sein und ein eigenes Nationales Projekt zu verwirklichen, mit Gewalt bestritten. Weil das revolutionäre Nikaragua sich gegen das Modell der geopolitischen Unterordnung - das „Hinterhofmodell" sträubt, betreibt die Administration Reagan in bezug auf Nikaragua eine Politik der Destabilisierung mit dem Ziel der Vernichtung des Sandinismus, der allzu leicht auch den künftigen „Triumph" anderer Völker der Region nach sich ziehen könnte.

Dabei ist die nordamerikanische Unterstellung eines bevorstehenden Konflikts zwischen den Supermächten im Vorfeld Mittelamerika nicht haltbar. Meine sehr unterschiedlichen Gesprächspartner waren sich in dem Punkt alle einig, dass die USA in Nikaragua nicht ein zweites Kuba oder einen neuen Ostblocksatelliten, fürchten. Schon die geographische Lage Nikaraguas erlaube es nicht, Kuba zu wiederholen. Während Kuba als Inselstaat geographisch in gewisser Weise unabhängig ist, fügt Nikaragua sich in einen ganz genau definierten geographischen Kontext ein. Die Amerikaner, so meine Gesprächspartner, fürchten keine Kubanisierung oder Sowjetisierung, sondern, zusammen mit den herrschenden Schichten in den Anliegerstaaten, fürchten sie, dass ein System, das noch nicht einmal ein „Einparteiensystem" ist, sondern ein Multiparteiensystem, ein pluralistisches

System, natürlich mit ganz bestimmten Akzenten sozialisierender Natur, dass ein solches System Erfolg haben könnte und damit zugleich einen Herd darstellt, der sich auf die Anliegerländer übertragen könnte.

Weder die Nordamerikaner noch die Mittelamerikaner fürchten ein Sowjetisierung. Die einzige reale Gefahr, die man in der Region kennt, ist die „nordamerikanische Gefahr". Die Geschichte der Region zeigt, dass die Völker Mittelamerikas und der Karibik seit jeher nordamerikanische Interventionen erlitten haben, übrigens schon in der Zeit bevor es die UdSSR überhaupt gegeben hat. In der Region gab es zwischen 1900 und 1930 immerhin 28 direkte Interventionen der USA. Danach registrierte man Interventionen in Guatemala (1954), Kuba (1961), Panama (1964), Dominikanische Republik (1965) und Grenada (1983). Übrigens ist auch Somoza nicht etwa von Stalin eingesetzt worden, sondern es war Roosevelt, der ihn akzeptierte, und zwar auf seine Art. Als man ihm die Meldung überbrachte, dass Somoza Präsident von Nikaragua geworden sei, charakterisierte man ihn als *a son of a bitch*, worauf Roosevelt bemerkte: *But he is our son of a bitch.*

Wenn jemand in der Region mit Intervention droht, dann ist es nicht Kuba oder gar die Sowjetunion, sondern Nordamerika. Auch Dr. Parajon, Präsident der ökumenischen Entwicklungshilfe-Organisation CEPAD, sagt: „Unsere größte Angst ist gegenwärtig die Bedrohung unserer Revolution durch die Vereinigten Staaten."

Die Völker der Region und des ganzen Subkontinents wissen dies alles sehr wohl und sind deshalb solidarisch mit der Sandinistischen Regierung. „Die Region ist weder zu verkaufen noch zu vermieten", sagte jüngst der Präsident des Parlaments der Organisation Amerikanischer Staaten.

In einem Gespräch mit Freunden aus dem Institut für Wirtschaft- und Sozialforschung kamen wir auf einen Begriff, der aus der Gerichtspraxis

stammt: *„El precio de la pelea"* - den „Streitwert". So wie in einer Streitsache vor Gericht ein Streitwert festgesetzt werde, müsse es doch auch in dem Streit um Nikaragua so etwas wie einen Streitwert geben. Was ist der ganze Streit den Amerikanern wert? Diese Frage ist umso interessanter, als es in Nikaragua keine nennenswerten Geschäftsinteressen amerikanischer Bürger oder Firmen zu schützen gibt. Die Antwort ergibt sich im Zusammenhang mit der geopolitischen Bedeutung der Region. Hier sind erstens militärische Aspekte von Bedeutung: Die USA haben wichtige Militärbasen in Honduras, Panama und Guantanamo auf Kuba, und auf den Bahamas (U-Boot-Base). Dazu kommen wirtschaftliche Gesichtspunkte in Verbindung mit dem Panamakanal; dem Bankwesen, insbesondere auf den Bahamas; dem Bedarf an Rohstoffen (Jamaica deckt allein 25% des amerikanischen Aluminiumbedarfs, Venezuela liefert 28% des amerikanischen Bedarfs an Eisen und dazu 13% des Petroleumbedarfs, Mexiko liefert Rohstoffe aller Art nach Nordamerika. Es nimmt den 2. Platz im Exportgeschäft mit den USA ein.) Dies alles bedeutet, dass die Vereinigten Staaten in Mittelamerika und in der Karibik militärische und ökonomische Interessen wie in keiner anderen Region der Welt zu verteidigen haben. Ein Abdriften Nikaraguas - mit einem möglichen Dominoeffekt würde in den USA als ökonomisches Risiko und als militärische Bedrohung ersten Ranges verstanden werden.

Nach all meinen Gesprächen mit wohlinformierten und einflußreichen Persönlichkeiten in Managua und nach allen Recherchen, die ich zum besseren Verständnis des Sandinistischen Nikaragua angestellt habe, muß ich sagen, dass es keinerlei Anzeichen für ein beabsichtigtes „Abdriften" Nikaraguas gibt. Die Mehrheit der Regierenden plädiert für ein souveränes blockfreies Nikaragua.

Wie sehen die Alternativen aus?

Es lassen sich drei politische Modelle für Nikaragua ausmachen: Erstens, das Modell einer *Nación imperializada*, mit dem Status eines Vasallen der USA und ihrer Interessen (und der Interessen der dominierenden Klasse im eigenen Lande). Dies wäre eine Rückkehr zur eigenen Vergangenheit, zum Somozismus ohne Somoza (und es gibt Leute, die dies für wünschenswert und *viavel* halten). Zweitens, Nikaragua als *Nación alineada*, d. h., eine Allianz mit dem internationalen Block, der sich gegen die Ansprüche der USA stellt - als einzige Form des Überlebens als Nation in relativer Souveränität. Infolge der geopolitischen Lage Nikaraguas (*Patio trazero* - „Hinterhof" der USA) würde dies eine beständige Bedrohung *vis-a-versa* bedeuten, die zumindest ein schrittweises Aufreiben durch Handelsboykott

und Kalten Krieg mit sich bringen würde. Was bleibt, ist das dritte Modell für Nikaragua als *Nación No alineada*, mit dem Recht, die Freunde auf internationalem Niveau selbst frei zu wählen, auf alle Fälle jedoch mit einem Klima des gegenseitigem Verständnisses und Respekts bezüglich der USA. Auf diese Weise würde Nikaragua zugleich ein Modell, eine Einladung oder Herausforderung für die benachbarten unterentwickelten Völker sein, die ebenfalls von dem Streben erfüllt sind, selbst Nation zu sein. Nikaragua ist gewillt, das 3. Modell zu wählen, es sei denn, es werde durch Boykott und Isolierung seitens der „freien Welt" absichtlich oder unabsichtlich in eine Allianz mit dem antagonistischen Block getrieben.

Verschiedene „Pläne" auf internationaler Ebene versuchen eine entsprechende *option* herbeizuführen, wobei meiner Meinung nach der „*Contadora*-Plan" die von Nikaragua vertretene Position der Blockfreiheit unterstützt, während der "Kissinger- Plan" auf das Modell Nr. 1 - Vasallenstaat - hin tendiert.

Die Länder Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Panama, die sogenannte *Contadora*-Gruppe, hat einen 21-Punkte-Plan vorgelegt, der zur Lösung der mittelamerikanischen Krise beitragen soll. Insbesondere bezieht sich dieser Plan auf die Herstellung gerechter wirtschaftlicher und sozialer Strukturen durch eine stärkere Integration der regionalen Wirtschaftspotenz; auf eine schrittweise und synchronisierte Truppenverminderung und den Rückzug der ausländischen Streitkräfte und Berater; auf notwendige Garantien für die Beachtung der Menschenrechte sowie auf die Lösung des Flüchtlingsproblems; auf die Ermöglichung freier Wahlen (bei Schaffung entsprechender Gesetze und Organe) und schließlich auf die Reduktion der Militärausgaben. Mir fiel auf, wie schnell und unkompliziert Nikaragua auf einige dieser Forderungen bereits reagiert hat, z. B. durch die unmittelbare Reduzierung der ausländischen „Berater"' durch die Amnestie für inhaftierte

Miskitos, durch die Ankündigung von Wahlen etc. Die Hoffnungen der Demokraten in der gesamten Region richten sich auf den Erfolg des *Contadora*-Plans. Die Alternative wäre: „Wenn *Contadora* fehlschlägt, bleibt nur der Weg, den keiner für Mittelamerika möchte: der militärische Weg."

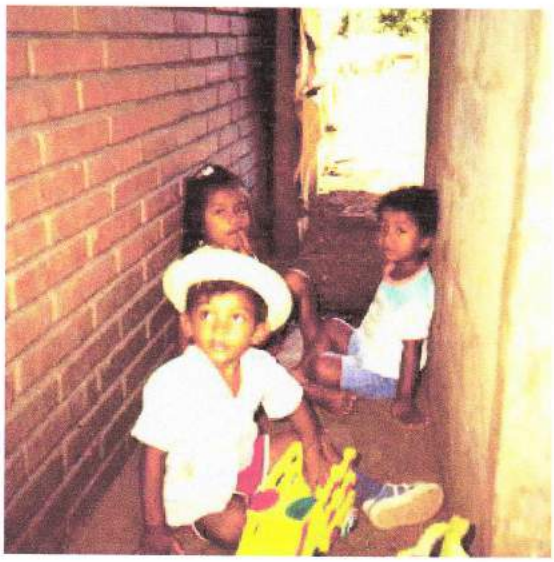
Der Anfang Januar von der Kissinger-Kommission vorgelegte Plan entwickelt eine Langzeitperspektive für die Mittelamerikapolitik der USA. Obwohl auch er für eine Erhöhung der Wirtschaftshilfe plädiert, stehen militärische Überlegungen im Vordergrund. Er fordert verstärkte Militärhilfe, „um der kommunistischen Bedrohung in Mittelamerika zu begegnen, die vor allem von Kuba und der UdSSR ausgeht." „Die örtlichen Reformen, ja selbst die örtlichen Revolutionen, bedeuten für die Vereinigten Staaten keine Gefahr; aber die Einmischung fremder Mächte, welche die örtlichen Aspirationen zu ihrem politischen und strategischen Vorteil nutzen, bilden eine große Gefahr." „Deshalb müssen die Aufstände unter Kontrolle gebracht werden." Kissinger gesteht zu, dass man die Möglichkeit einer militärischen Intervention der USA in Nikaragua - als letzten Rekurs - nicht ausschließen dürfe. Man fragt sich besorgt, was Washington wohl tun werde, wenn die *Ex-Guardias* Somozas an der Nordgrenze keinen Erfolg haben werden. Der Kissinger-Plan gibt dem militärischen Aspekt Vorrang vor der Wirtschaftshilfe - was unter seinen Voraussetzungen sogar logisch gedacht ist, denn wer würde schon investieren, wenn in der Region Revolutionen zu erwarten wären? Man kann nur hoffen, dass die Vorschläge und Forderungen Kissingers in den USA selbst kein Gehör finden werden.

Ein Mitglied der Kommission, Robert Strauss (Demokratische Partei), erklärte zum Kissinger- Bericht: „Die Unterstellung muß zurückgewiesen werden, die mittelamerikanische Situation bedeute gegenwärtig eine Bedrohung der Sicherheit der USA." Robert Kennedy sprach sarkastisch von einem „Intervenierungsplan". „Verhandlungen", meinte er „nicht die militärische Eskalation haben größere Chancen! Der Kissingerbericht erkennt nicht, dass man in der Vergangenheit den nordamerikanischen Einfluß dazu benutzt hat, dem sozialen Wandel zu widerstehen und den status quo fortzusetzen, die Privilegierten und Mächtigen zu stützen." Auch Mondale betrachtet die Unterstellung eines kubanisch- sowjetischen Komplotts für "zweifelhaft".

Übrigens, um auch hier etwas zu entmythologisieren, wären die Möglichkeiten Kubas, in einem militärischen Konflikt der USA mit Nikaragua einzugreifen, gleich Null. Wer die Geographie kennt, kann daran nicht den geringsten Zweifel hegen. Der Verteidigungsminister der Sandinisten, Humberto Ortega, erklärte vor ein paar Wochen: „Im Augenblick einer Intervention in Nikaragua wird von Kuba nicht einmal eine Mücke starten,

denn die erste Maßnahme, die sie ergreifen würden, wäre die maritime Einkesselung Kubas." Was sich gegenwärtig an den Grenzen und in Nikaragua selbst abspielt, ist zwar Krieg, aber eben (noch) keine Intervention, sei es durch Honduras oder Costa Rica, oder gar durch die Nordamerikaner selbst, obwohl es, im Rahmen der "verdeckten Operationen" immer wieder auch Unfälle - *incidentes y acidentes* - gibt.

Ein solcher Unfall war der Abschuss eines US-Hubschraubers über Nikaraguanischem Territorium am 11. Januar 1984. Die *Washington Post* hat diese Version aufgrund von Zeugenaussagen am 16. 1. bestätigt. Damit wurde an einem kleinen Beispiel offenbar, dass es tatsächliche direkte Unterstützung der *„Contras"* durch US-Truppen gibt. Auch die 40 Luftübergriffe in den ersten 17 Tagen des Jahres 1984 wären ohne Hilfestellung durch die Nordamerikaner nicht möglich gewesen.



Am 18. Januar gab Humberto Ortega bekannt, dass man in den Besitz des *Plan Sierra* gelangt sei. Dieser sieht die Okkupation und Isolierung einer nördlichen Grenzregion vor, in deren Gefolge diese als „befreites Gebiet" erklärt werden solle, was ein offizielles Hilfsersuchen an befreundete Länder, sprich USA, völkerrechtlich ermöglichen würde. Derartige Pläne werden gestützt durch die Ankündigung eines (auf drei Jahre angelegten?) Manövers *Big Pine III* in der Atlantik- und Pazifikregion, wobei die Truppen von Honduras mit US-Soldaten zusammenarbeiten werden. Als der *Plan Sierra* bekanntgegeben wurde, verschob übrigens der amerikanische Botschafter Quainton ein Gespräch mit Wissenschaftlern des Instituts für Wirtschafts- und Sozialforschung, zu dem ich ebenfalls eingeladen worden war, auf unbestimmt - da er sich nicht der Peinlichkeit aussetzen wollte, für die Tollheiten seines Generalstabs geradestehen zu müssen.

Am 5. Februar gab es Luftangriffe auf Chinandega, bei denen amerikanische Militärflugzeuge beteiligt waren, was der Furcht vor einer direkten amerikanischen Intervention neuen Auftrieb gab.

Vorderhand sind es ca. 8000 Guerrillas der FDN - *Fuerza Democratica Nicaraguense* - in Honduras sowie 3000 *Guerrillas* in Costa Rica, die dem auf 53.000 Mann (einschließlich 25.000 Reservisten - neuerdings wurden

auch Frauen zum Wehrdienst einberufen) geschätzten Heer der Sandinisten gegenüberstehen.

Die *Guerrillas* haben Angriffe auf Häfen, Kraftwerke, Öllager, ländliche Genossenschaften sowie auf den Flughafen von Managua geführt und terrorisieren im Grenzgebiet tagtäglich die dort lebende Bevölkerung, soweit sie nicht von ihnen verschleppt oder von den Sandinisten evakuiert worden ist. Als eine Folge des Krieges ist in Nikaragua der Brennstoff rationiert, ebenso Seife und bestimmte Lebensmittel wie Reis, Zucker, Olivenöl und Bohnen. Hähnchen sind zwar nicht rationiert, aber sie sind im Handel kaum mehr zu finden.

Bezüglich der Südfront meldete die Presse am 8. 2. 84, Edén Pastora suche Hilfe in den USA und in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern - wobei es sich um private Geldgeber handle - um den Kampf mit seinen 6700 ARDE-Kämpfern fortzusetzen. Er benötige 8 Millionen US$ im Monat. Edén Pastoras ARDE hat sich übrigens inzwischen mit den im Norden kämpfenden FDN zusammengeschlossen.

Zu diesem Mann und zu diesem Krieg eine kurze Bemerkung: Edén Pastora genoß und genießt als ehemaliges. Juntamitglied und einstiger *Comandante Cero*, der 1979 mit seinem Kommando das Parlament inmitten der Stadt Managua als Faustpfand eingenommen hatte, ein gewisses Ansehen und sogar einen gewissen Vorschuss an Vertrauen. Ich habe selbst lange in meiner Beurteilung geschwankt. Inzwischen habe ich so viel über den Mann, den Menschen Pastora erfahren, dass ich ihn nicht länger als seriösen Politiker betrachten kann. Er scheint, nach allem, was man hört, eher Probleme mit seinem *ego* zu haben als demokratische Skrupel im Blick auf die Sandinisten.

Den Krieg in Nikaragua halte ich, wie die Dinge liegen, für ein Verbrechen. Es ist absurd und kriminell, wie es absurd und kriminell wäre, wenn Walesa aus dem Exil mit Waffengewalt sein Vaterland von den Kommunisten befreien wollte! Selbst die „bona causa" würde das Blutvergießen und tausendfache Elend, das aus bewaffneten Aktionen resultiert, nicht rechtfertigen. Selbst, wenn die *„Contras"* demokratisch denkende Patrioten wären, wäre ihr Krieg verwerflich, denn die Menschen in Nikaragua werden weder versklavt, noch sind die Zustände derartig petrifiziert, dass nicht Verhandlungen möglich wären. Die Junta hat meines Erachtens bereits bewiesen, dass sie zu weitgehenden Zugeständnissen bereit ist; ganz bestimmt wäre sie aber nicht dazu bereit, Edén Pastora als Kandidaten für die nationalen Wahlen zuzulassen!

Die Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung

Am 14. 1. 1984 kündigte die Wahlkommission des Staatsrats Wahlen für eine Exekutive und eine Verfassunggebende Versammlung an, und zwar für 1985. Gleichzeitig begann die Diskussion über Modalitäten und Verständnis der Wahl. Es war viel die Rede von einem „Prozeß der Institutionalisierung" der Revolution, wie man es auch aus anderen post-revolutionären Gesellschaften kennt.

Am 19. 1. erklärte die Parteizeitung *Barricada*: „Wir werden nicht eine Fabrik, nicht eine Bank, nicht einen Zentimeter Land zurückgeben." Auch wusste sie zu berichten: „Wir haben diese Wahlen bereits gewonnen."

Derartige Prognosen lassen den Rückschluss zu, dass der Ausgang der Wahl vielleicht doch nicht so berechenbar ist, wie man dies gerne haben möchte. Der *Partido Conservador Democrático* (PCD) spricht von 450.000 sicheren Wählerstimmen, dies wären dann 40%; und wenn man die Stimmen, die für den *Partido Liberal Independiente* (PLI) abgegeben werden, dazu zähle, werde man auf gut 60% der Wählerstimmen kommen.

Thomas Borge dagegen erklärte: „Wenn die *Frente Sandinista* nicht wenigstens 70% der Stimmen erhielte, würde ich mich besiegt fühlen, was mich zum Weinen brächte."

La Prensa spricht von einer „bewaffneten Partei" (FSLN) und damit von ungleichen Voraussetzungen (zumal, in Lateinamerika ungewöhnlich, Stimmung für das *voto militar* gemacht wird, wogegen die Bürgerlichen sich heftig wehren.)

Der Vorsitzende des PLI, Arbeitsminister Dr. Virgilio Godoy, interpretiert die bevorstehenden Wahlen als Mittel zu einem „Prozeß der Demokratisierung des Landes".

Die Prensa fordert „die Teilnahme der Politiker, die sich außer Landes befinden, an den Wahlen." Wegen eines Kreuzworträtsels (*Anastasio* ...

politico nicaraguense) wird der Zeitung unterstellt: „Die PRENSA hat bereits gewählt."

Überall wird auch über das jeweilige Demokratieverständnis diskutiert. Dabei muß man wissen, dass in Nikaragua, zu Zeiten Somozas (und nicht nur dort!) die Demokratie ein sorgfältig gepflegtes Ritual war, das dazu diente, dem Beharren auf der Macht die notwendige Legitimation zu verschaffen. Sandinistische Sektoren betonen gern, dass Demokratie aus der Revolution erwachse. Das bürgerliche Demokratieverständnis - bei dem es um die Legitimation der Macht gehe - sei falsch. Wenn denn nun trotz alledem Wahlen stattfinden sollten, dann nur als „Bestätigung der Legitimität der Macht des Volkes" und als „Institutionalisierung" der Revolution..

Am 29. 1. gab es bestimmte Signale seitens der *Junta*, welche die Möglichkeit der Wahlen 1985 wieder relativierte: „Ob es Wahlen geben wird oder nicht, hängt davon ab, ob die USA versuchen werden, diese intern und extern zu diskreditieren."

Am 7. 2. wurde der Beschluss der *Junta* publik, die Wahlvorbereitungen auf unbestimmte Zeit - sine dia - zu verschieben, wegen der zunehmenden Agression en der USA gegen Nikaragua.

Die Oppositionsparteien beeilten sich, diesen Beschluss zu verurteilen: „Offensichtlich haben die Sandinisten keine Pläne für eine wirkliche Demokratie."

Am 11. 2. gestand Daniel Ortega zu, dass die FSLN im Falle einer Wahlniederlage die Macht abgeben werde - entgegen anderslautenden Prognosen, z. B. durch die Kommission des Ökumenischen Rates der Kirchen (WCC), die berichtete, die Sandinisten seien auf keinen Fall bereit, die Macht abzugeben.

Inzwischen wurde, wie auch hier bekannt ist, ein Wahltermin noch im laufenden Jahr offiziell bekanntgegeben: Der Nikaraguanische Staatsrat hat als Wahltag den 4. November 1984 bestätigt.

Wer übrigens von der Sorge ausgeht, sozialisierende Gruppen würden die demokratischen Institutionen Mittelamerikas bedrohen, übersieht, dass es - denken wir an Guatemala, Honduras und Haiti - für die Region viel existentieller ist, die vorhandenen politischen Institutionen zu demokratisieren.